

# Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

## Es geschah vor 20 Jahren

Nach den Freuden des Mauerfalls in Berlin 1989 und nach dem bewegenden „Tag der Deutschen Einheit“ am 03. Oktober 1990 kehrte im Frühjahr 1991 Ernüchterung ein. Die 1. Lesung des ersten Haushalts im neuen Deutschen Bundestag, damals noch in Bonn, gibt Zeugnis davon.

Da hatte, zitiert nach „Das Parlament“ vom 22. März 1991, der außenpolitische Experte der Unionsfraktion Klaus Rose (CSU) Sicherheit und Wohlstand für Deutschland nur in den großen Wirtschafts- und Militärbündnissen der freien Welt gesehen, nicht zuletzt um ein „ruheloses Deutschland“ zu vermeiden. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte gemeint, den Staaten Mittel- und Osteuropas müsse geholfen werden und im Rahmen der Vereinten Nationen müsse es auch die Mitwirkung deutscher Streitkräfte geben. Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesfinanzminister Theo Waigel setzten jetzt noch mehr auf die Europäische Einigung.

Das war alles nicht neu in der politischen Ausrichtung der Bundesrepublik Deutschland. Aber jetzt als souveränes Land musste Deutschland noch mehr in die Tasche greifen, um seinen nationalen Wünschen und seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Erste schwere Belastung wurde der 1. Golfkrieg, den Deutschland nicht mit Soldaten, aber doch mit reichlich Milliarden DM mitzutragen hatte (Scheckbuch-Diplomatie). „Deutschland als Lastesel“, hörte man allerorten klagen.

### Die Haushaltspolitik im wieder vereinten Deutschland

Es lag in der Natur der Sache, dass die Probleme der Einheit Deutschlands meist unterschiedlich bewertet wurden. Den einen erschienen die versprochenen „blühenden Landschaften“ nicht schnell genug am Horizont, den anderen schien die Bevorzugung „von denen da drüben“ mehr als anstößig. Die politischen Parteien wollten auf ihre Weise Wahlhonorar aus der Entwicklung saugen, die Wirtschaftswissenschaftler und Finanzexperten klagten über Dilettantismus.



1991 Haushalts-Rede im „Wasserwerk“ in Bonn.

Schnell hatten die Bonner Haushalts- und Finanzpolitiker erkannt, dass die DDR keine Wirtschaftsgroßmacht gewesen war und deshalb keinen „reichen Onkel“ abgeben konnte. Im Gegenteil, die Ausgaben übertrafen schon in den ersten Entwürfen des neuen Bundeshaushalts bei weitem die Einnahmen. Man musste den „jungen Bundesländern“ unter die Arme greifen. Man musste marode Betriebe „abwickeln“ und massenhafte Arbeitslosigkeit beziehungsweise Umschulung mit Anleihen finanzieren. Man erfand daher die Sondersteuer des Solidaritätszuschlags, der aber auch arme westdeutsche Kommunen zunehmend belastete. Der erste gesamtdeutsche Bundeshaushalt war trotzdem nicht aufgebläht, auf kei-

nen Fall doppelt so groß. Wie schaffte man das?

Ganz wie bei der Übernahme einer zu sanierenden Immobilie oder Firma nahm der Staat für einen Sonderfonds eine (große) Hypothek auf. Das Haushaltsvolumen stieg somit von 1990 auf 1991 nicht extrem. Zugenommen hatten natürlich die Ausgaben für Soziales, Wirtschaft, Landwirtschaft oder Verkehr. Bei den Ausgaben für die Verteidigung konnte man aber bei weniger als dem alten Plafond verbleiben (leichte Senkung von 53,3 Milliarden DM auf 52,6). Das Motto „Frieden schaffen mit weniger Waffen“ versuchte man sofort umzusetzen – mit den bekannten Folgen der vermuteten „Unterfinanzierung“ der deutschen Streitkräfte. Die ei-

gentlichen „Lastesel“ nach der deutschen Vereinigung waren also „die Militärs“, Soldaten, Zivilbeschäftigte, Wehrtechnik und Standorte. Es grenzt auch im Nachhinein an ein Wunder, dass die hochgerüstete Nationale Volksarmee (NVA) in der Bundeswehr aufging und dass man von etwa 600.000 Soldaten auf heute unter 200.000 Mann gelangen konnte. Man muss es allen Beteiligten hoch anrechnen, dass Vernunft und hoher Sachverstand Einzug hielten. Im Deutschen Bundestag gab es sogar einen Unterausschuss des Verteidigungsausschusses, der die Probleme der „NVA-Abwicklung“, also der sehr begrenzten Übernahme von Personal aufgriff und intensiv begleitete. Ähnlich wie bei den Streitkräften war auch beim Diplomatischen Korps eine relative Rückführung der Mitarbeiterzahl möglich. Alte DDR-Spitzendiplomaten wurden überhaupt nicht übernommen und geeignetes Immobilienvermögen der DDR-Missionen wurde dankbar verwertet. Es dauerte, das muss immer wieder gesagt werden, allerdings sehr lange, bis die neue „Armee der Einheit“ auf die geringere „Ostbesoldung“ verzichten durfte – die Soldaten in den neuen Bundesländern bekamen viele Jahre weit geringere Löhne und Gehälter als in der alten Bundesrepublik. Auch ihre Renten waren nur bei 88,7 Prozent des West-Niveaus ausgelegt. Fakten, die man im Westen nicht gerne zur Kenntnis nimmt.

### Die Herkules-Arbeit der gesetzlichen Regelungen

Die eigentlichen Probleme konnte man nicht unter den Tisch kehren. Es war logisch, dass nach der Vereinigung zahlreiche Schwierigkeiten auftauchten. Nie zuvor in der Geschichte wurden zwei Staaten, noch dazu mit völlig unterschiedlichem Wirtschafts-

Gesellschaftssystem, ohne Gewalt und doch mit langfristigem Erfolg in gemeinsame Bahnen gebracht. Die Haushalts- und Finanzpolitiker der Bonner Regierungsparteien begleiteten die Fachexperten der Bundesregierung mit viel Engagement und mit dem nötigen guten Willen. Wer erinnert sich heute noch an die zahllosen Initiativen und Gesetzesvorhaben, die auf den Weg gebracht werden mussten? Als damaliger CSU-Sprecher für Haushalt und Finanzen weiß der Autor von ungezählten Koalitionsrunden, um sowohl Gesetze wie Finanzen im Lot zu behalten. Es sei für 1991 nur das Wesentliche erwähnt:

Steueränderungsgesetz, Straßenbauhaushaltsgesetz, Umwelt- und Steuergesetz, Kindergeld und Ehegattensplitting, Mittelstandskomponente im Steueränderungsgesetz, EG-Bankenrechtsharmonisierung, Heimunterbringung älterer Menschen, Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, Meister-Fortbildung, Standortsicherungsgesetz, Sozialer Wohnungsbau, Gewerbesteuer, Mineralölsteuer, Besteuerung von Alterseinkünften, Landschaftspflege. All das musste für die neuen Bundesländer angepasst werden. Vieles war für diese neu. Dahinter verbirgt sich eine echte Herkules-Arbeit. Bundesfinanzminister Theo Waigel musste den Kopf hinhalten, aber viele andere Parlamentarier hatten ebenfalls gewaltige Überstunden zu leisten – und wurden von manchen in den Wahlkreisen beschimpft, weil sie nicht permanent an Stammtischen saßen und deren Weisheiten aufnahmen. Die Geschichte aber wird beweisen, dass es große zwanzig Jahre waren, in denen gut 80 Millionen Deutsche in einem friedlichen Prozess zueinander fanden und miteinander zu leben und zu gestalten begannen.